

# 1 **Dialogpapier: Politik für die Jugend. Politik mit der Jugend**

## 4 **JUGEND IN NIEDERSACHSEN HEUTE**

6 „Die Jugend“ und die Debatte über ihre (vermeintlichen) Stärken und Schwächen, ihre  
7 Entwicklung und Zukunft sind so alt wie die Zivilisationsgeschichte der Menschheit selbst.  
8 Jugend ist heute wie früher ein Lebensabschnitt, in dem sich viele Probleme der Gesellschaft  
9 deutlicher und für die jungen Menschen spürbarer auswirken als in anderen  
10 Lebensabschnitten. Dabei werden in dieser Lebensphase auch viele Weichen gestellt, die das  
11 Leben junger Menschen dauerhaft beeinflussen. Deshalb sind wir gefordert statt des  
12 Schürens von Zukunftsangst verlässliche Zukunftsperspektiven zu vermitteln.

14 Jugendarbeit, Jugendhilfe und Maßnahmen der Jugendpolitik sind für uns ein Teil der  
15 Daseinsvorsorge und Zukunftspolitik. Wir wissen, dass Investitionen in diesen Bereich  
16 genauso wie Investitionen in Schule, Ausbildung und Studium junger Menschen nicht nur für  
17 ein selbstbestimmtes Leben der Betroffenen sorgen, sondern sie auch dafür qualifizieren, die  
18 gesellschaftlichen, politischen und technischen Probleme von morgen lösen zu können.  
19 Gleichermäßen werden durch die aktive Gestaltung dieser Politikfelder auch zukünftige  
20 Ausgaben z.B. bei den Sozialausgaben verhindert. Darüber hinaus hat Jugendpolitik einen  
21 Eigenwert, denn hier können Menschen selbstbestimmt lernen und wirken.

- 22 • Jugendpolitik muss Politik mit und für die Jugend sein. Politik darf nicht über die Jugend  
23 kommen, sondern soll gemeinsam entwickelt werden. Wir werden die Debatte über  
24 Jugend beenden und eine Debatte mit der Jugend ermöglichen. Dabei werden wir  
25 Selbstverwaltungs- und Mitbestimmungsinstrumente ausbauen oder schaffen und auch  
26 anwenden. Auf die besondere Struktur der freien Jugendarbeit werden wir dabei  
27 eingehen und sie in diesen Prozess integrieren.
- 28 • Wir werden der Verdichtung von jungen Lebenswelten entgegentreten, Zeit und Raum  
29 für Engagement und selbstbestimmte Freizeit ermöglichen. Jugend muss ein  
30 Lebensabschnitt zum Ausprobieren sein und darf nicht durch ökonomische  
31 Verwertbarkeitskriterien dominiert werden.

- 32 • Wir erkennen die Verdichtung gesellschaftlicher Probleme in der Jugendphase und  
33 werden dafür angepasste Gegenstrategien entwickeln, welche die besonderen  
34 Lebensverhältnisse von Jugend, insbesondere deren fehlendes oder geringes  
35 Einkommen, stets mitdenken und diesem Umstand Rechnung tragen.
- 36 • Wir werden in der Jugendpolitik zusammen mit anderen Politikfeldern ein  
37 gemeinsames Konzept verfolgen. Gleiches gilt für die unterschiedlichen politischen  
38 Ebenen.

39

## 40 **MITBESTIMMUNG UND SELBSTVERWALTUNG**

41

42 Jugendliche leben heute in einer schwierigen Zeit. Auf der einen Seite wird von ihnen ein  
43 hohes Maß an Leistungsbereitschaft erwartet. Schon Kindern ist heute klar, dass von ihnen  
44 früh gute Noten und außerschulische Bildung erwartet werden. Der Verdichtung ihrer  
45 Lebenswelt steht aber eine geringe (Mit-)Bestimmung ihres Alltags entgegen. Das trifft  
46 insbesondere Minderjährige, aber auch junge Erwachsene.

47 Mitbestimmung und Selbstverwaltung muss dort stattfinden, wo sich Jugendliche aufhalten.  
48 Sie berücksichtigt ihre altersgemäße Entwicklung und schafft Bedingungen, damit sie  
49 überzeugte Demokratinnen und Demokraten werden können. Mitbestimmung von  
50 Jugendlichen ist frei von den Interessen anderer.

51

### 52 **Wahlalter 16**

53 Nur wer mitbestimmen darf, wird sich verlässlich und nachhaltig mit seinen Optionen  
54 befassen. Nach den guten Erfahrungen bei der Einführung des aktiven Wahlrechts bei  
55 Kommunalwahlen bereiten viele Bundesländer die Einführung auch für Landtagswahlen vor.  
56 Auch wir halten es an der Zeit, junge Menschen früh an ihre Rechte heranzuführen.

57 Wir sind der Überzeugung:

- 58 • Das aktive Wahlalter für Landtagswahlen muss auf 16 Jahre gesenkt werden.
- 59 • Die Abschaffung der Landeszentrale für politische Bildung war falsch. Deshalb werden  
60 wir einen organisatorischen Rahmen für eine nachhaltige politische Bildung schaffen  
61 und für eine bessere Koordination der gesellschaftlichen Aufklärungsarbeit sorgen.
- 62 • Lehrerinnen und Lehrer müssen wieder genug Möglichkeiten erhalten, um in ihrer  
63 schulischen Arbeit politische Bildung anzubieten

## 64 **Jugendbeiräte**

65 In den Kommunen ist der Weg zwischen Entscheidenden und Betroffenen kürzer als auf  
66 jeder anderer Ebene. Hier entscheiden sich die konkreten Lebensumstände des Einzelnen.  
67 Fragen der Freizeitgestaltung, der Mobilität, der Bildungslandschaft aber auch der  
68 öffentlichen Daseinsvorsorge werden hier entschieden. Viele Jugendliche werden hier  
69 politisiert oder enttäuscht. In der Vergangenheit haben viele Kommunen Möglichkeiten  
70 erprobt, Jugendliche verstärkt zu beteiligen. Dabei sind Jugendbeiräte (Jugendparlamente)  
71 ein Weg, der dies ermöglicht. Je nachdem, wie sehr die Jugendlichen ernst genommen und  
72 mit eigenen Möglichkeiten ausgestattet sind, funktionieren die bestehenden Beiräte  
73 unterschiedlich gut. Dies gilt es zu ändern.

74 Wir werden daher:

- 75 • ausreichend Mittel für die Jugendarbeit bereitstellen mit dem Ziel, die  
76 Jugendbeteiligung zu erhöhen.
- 77 • mittelfristig evaluieren, ob und in welchen Formen dieses Mehr an Beteiligung in den  
78 Kommunen umgesetzt wird. Sollten die Regelungen angepasst werden müssen,  
79 werden wir dies umsetzen.
- 80 • Kommunen unterstützen, die Versuche unternehmen, Beteiligung über das Internet  
81 zu erproben (E-Jugendbeteiligung).

82

## 83 **Selbstverwaltung in Schulen und Hochschulen**

84 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene verbringen viel Zeit in Schulen und Hochschulen.  
85 Deshalb ist es gut, dass dies auch Orte des demokratischen Miteinanders sind, denn  
86 demokratiefreie Zonen darf es in unserer Gesellschaft nicht geben.

87 Wir werden daher:

- 88 • Mitbestimmungsmöglichkeiten diskutieren und bei Bedarf weiterentwickeln.
- 89 • die Zusammensetzung von Gesamtkonferenzen und Schulvorständen evaluieren.
- 90 • prüfen, welche weiteren Aufgaben die Studienkommissionen in den Fakultäten  
91 erhalten können.
- 92 • die Entscheidungskompetenzen der Senate an Stiftungsuniversitäten wieder stärken.

93

94

95

96 **FREIRÄUME SCHAFFEN - VERDICHTUNG VON LEBENSWELTEN BEKÄMPFEN**

97

98 Gesellschaftliches Engagement bedeutet, anderen Menschen Zeit zu geben, ohne einen  
99 direkten Gegenwert zu erhalten. Gesellschaftliches Engagement ist für die Einzelne oder den  
100 Einzelnen die Chance, sich weiter zu entwickeln, sich auszuprobieren und anderen zu helfen.  
101 Ohne Engagement funktioniert unsere Gesellschaft nicht so, wie sie es sollte. Dieses  
102 Engagement steht mit der zunehmenden Verdichtung von jungen Lebenswelten im  
103 Widerspruch. Junge Menschen nehmen heutzutage den Leistungsdruck als besonders hoch  
104 wahr und dem wollen wir Rechnung tragen, indem wir:

- 105 • die bestehenden Lehrpläne (Kerncurriculae) so überarbeiten, dass neue Freiräume  
106 entstehen. Eine Überfrachtung an Aufgaben sorgt für das Nacharbeiten an  
107 Wochenenden und Nachmittagen und nicht für einen größeren dauerhaften  
108 Lerneffekt.
- 109 • das Abitur nach neun Jahren an Gesamtschulen wieder einführen.
- 110 • die Möglichkeit erhalten, das Abitur nach acht Jahren an Gymnasien abzulegen. Wir  
111 werden aufgrund der hohen Belastung von Schülerinnen und Schülern jedoch prüfen,  
112 ob die gymnasiale Oberstufe so reformiert werden kann, dass Schülerinnen und  
113 Schüler im Kurssystem die Oberstufe in zwei oder drei Jahren durchlaufen.
- 114 • gemeinsam mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden Initiativen ergreifen,  
115 damit die Komplexität eines Ausbildungsberufes nicht auf die Jugendlichen abgewälzt  
116 wird, sondern alle erforderlichen Qualifikationen während der Ausbildung erlangt  
117 werden können.
- 118 • beim Ausbau der Ganztagschulen darauf hinwirken, dass zum einen ausreichend Zeit  
119 und Möglichkeiten bestehen, sich auch außerhalb von Schulen zu engagieren.
- 120 • Möglichkeiten schaffen, damit ehrenamtliches Engagement in Schule, Ausbildung und  
121 Studium anerkannt wird.

122

123

124

125

126

127

128 **RÜCKHALT SCHAFFEN**

129

130 Kinder und Jugendliche aus finanziell benachteiligten Haushalten sind in besonderem Maße  
131 von Armut betroffen. Sie sind nicht nur unmittelbar in ihrer Teilhabe am gesellschaftlichen  
132 Leben beeinträchtigt, ihre Herkunft schmälert auch massiv ihre Chancen auf eine  
133 bestmögliche Bildung. Darüber hinaus steckt ein Teil der Jugend nicht nur in der durch  
134 Schulbesuch, Ausbildung und Studium bedingten temporären Armut, sondern läuft aufgrund  
135 der Entwicklungen am Arbeitsmarkt Gefahr, dauerhaft arm zu bleiben. Schlecht bezahlte  
136 Praktika, Befristungen und Kettenverträge sind heute vielfach traurige Normalität in den  
137 Erwerbsbiographien junger Menschen. Armut bedeutet immer soziale Ausgrenzung. Unter  
138 der gegenwärtigen Regierung bedeutet es jedoch auch das Versperren von Bildungschancen  
139 und häufig ebenfalls das Ausbleiben von gesellschaftlichem Engagement. Wir wollen diese  
140 Armut und ihre Auswirkung bekämpfen indem wir:

- 141 • faire Löhne und Arbeitsbedingungen auch bei der Auftragsvergabe von Land und  
142 Kommunen durch ein entsprechend geändertes Landesvergabegesetz durchsetzen.  
143 So wird z.B. in Branchen, in denen es keine gesetzlichen Mindestlöhne gibt,  
144 auftragsbezogen ein Stundenlohn von 8,50 Euro gelten.
- 145 • Initiativen ergreifen, um auch auf Bundesebene das Leitbild „Gute Arbeit“  
146 durchzusetzen, z.B. durch einen flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn sowie  
147 die Regulierung der Leiharbeit und die Begrenzung von befristeten  
148 Beschäftigungsverhältnissen.
- 149 • ein Landesprogramm gegen Jugendarbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigung von  
150 jungen Menschen auflegen. Zudem werden wir bei öffentlichen Aufträgen die Frage  
151 der Ausbildung im Betrieb und deren Vergütung in den Fokus stellen.
- 152 • zusammen mit den Verbänden der Jugendarbeit ein Programm entwickeln, das  
153 Hürden zum Engagement für junge Menschen aus einkommensschwachen  
154 Haushalten identifiziert und Möglichkeiten schafft, diese Hürden zu bekämpfen.
- 155 • die Studiengebühren abschaffen und Bildungschancen für alle öffnen.
- 156 • Maßnahmen prüfen, wie der niedrighschwellige Zutritt zu Angeboten der  
157 Freizeitgestaltung und zu Kultureinrichtungen für Jugendliche und junge Erwachsene  
158 gesichert werden kann.

159

## 160 JUGENDPOLITISCHE POLITIKFELDER WEITERENTWICKELN

161

162 Eine gute Jugendpolitik ist aus einem Guss und denkt immer die spezifischen Auswirkungen  
163 für Jugend mit – egal um welche Entscheidungen es vordergründig gerade geht. Große Teile  
164 der hier aufgeführten Themen und Politikfelder werden ausführlich in separaten  
165 Dialogpapieren der SPD-Niedersachsen behandelt. Die im Folgenden aufgeführten Themen  
166 berühren nach unserer Ansicht die Lebenswelten von jungen Menschen in besonderem Maß  
167 und werden deshalb an dieser Stelle hervorgehoben betont.

168

### 169 **Medienkompetenz**

170 Jugendliche sind heute Mediendauernutzer. Sie verwenden insbesondere elektronische  
171 Medien häufiger als ältere Menschen. Während unsere Gesellschaft Jahrhunderte Zeit hatte,  
172 eine kulturelle und soziale Kontrolle für den „Bücherwurm“ zu entwickeln, sind „Gamer“ und  
173 andere Intensivnutzerinnen und -nutzer von elektronischen Inhalten heute mit Lehrenden  
174 und Erziehenden konfrontiert, die diese Lebensphase anders gestaltet haben. Dabei ergeben  
175 sich eine Reihe von Gefahren und Chancen für Jugendliche und junge Erwachsene. Eine  
176 zentrale Bedeutung obliegt der Medienkompetenz von Jugendlichen und jungen  
177 Erwachsenen und derer, die sich mit ihnen beschäftigen. Wir werden:

- 178 • ein Konzept zur Vermittlung von Medien- und Informationskompetenz umsetzen, das  
179 alle Bausteine der Bildung und des lebenslangen Lernens aufnimmt und nachhaltig  
180 verankert.
- 181 • Medienkompetenz zum festen Bestandteil von Bildung und Erziehung in Schulen,  
182 Kindertagesstätten sowie in der Weiterbildung machen. Nur eine systematische  
183 Bildung von Jung und Alt sorgt dafür, dass die Neuen Medien souverän genutzt  
184 werden können.

185

### 186 **Politische Bildung**

187 Politische Bildung ist uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wichtig, da sie  
188 Menschen eine selbstständige Meinungsbildung ermöglicht und sie anregt, sich aktiv an  
189 gesellschaftlichen Diskussionen zu beteiligen. Demokratie ist für uns eine Lebensform, die  
190 junge Menschen in ihrem Leben aktiv erfahren müssen, um sich mit anderen Ansichten und  
191 Meinungen auseinander zu setzen. Dabei dürfen Bildungszugänge nicht von finanziellen

192 Hürden abhängig sein und müssen als außerschulische Angebote auch jungen Menschen  
193 gegeben werden, die ihre Schulzeit beziehungsweise Berufsausbildung schon abgeschlossen  
194 haben. Außerdem darf politische Bildung für die Sozialdemokratie nicht wirtschaftlichen  
195 Gesichtspunkten untergeordnet werden, sondern muss auch alternative Lebensentwürfe  
196 und alternative Gesellschaftsbilder berücksichtigen. Daher werden wir:

- 197 • dafür sorgen, dass ein organisatorischer Rahmen für eine nachhaltige politische  
198 Bildung sowie eine bessere Koordination der gesellschaftlichen Aufklärungsarbeit  
199 und der zivilgesellschaftlichen Aktivitäten geschaffen wird.
- 200 • jungen Menschen im Rahmen der politischen Bildungsarbeit die Möglichkeit geben,  
201 sich mit alternativen Lebenskonzepten auseinander zu setzen.
- 202 • in den Politikunterricht wieder verstärkt gesellschaftliche Fragestellungen anstatt der  
203 reinen Institutionenlehre integrieren.
- 204 • Jugendbegegnungen und Bildungsfahrten, die zum Verständnis anderer Ansichten,  
205 Kulturen und historischer Ereignisse beitragen, fördern.
- 206 • Programme zur Bekämpfung rechtsradikaler Ideen erstellen.
- 207 • uns für die Abschaffung der so genannten „Extremismusklausel“ einsetzen, die  
208 politische Programme gegen Rechtsradikalismus behindert.
- 209 • einen Dialogkreis zur politischen Bildungsarbeit mit Jugendverbänden entwickeln.

210

### 211 **Mobilität und Freizeitgestaltung**

212 Jugendliche und junge Erwachsene haben in ihrer Freizeitgestaltung unterschiedliche  
213 Schwerpunkte. Diese sind anders, als die anderer Altersgruppen. Sie haben eine erhöhte  
214 Wahrscheinlichkeit, bei Alkoholfahrten zu verunglücken oder ein Suchtproblem zu  
215 entwickeln. Durch ihr begrenztes Einkommen und die spezifische Lebensphase sind  
216 Jugendliche nicht immer in der Lage, diese Probleme alleine zu lösen, weshalb auch ein  
217 Engagement des Staates sinnvoll ist. Wir werden:

- 218 • die Kommunen dabei unterstützen, dort Angebote im ÖPNV zu erhalten oder  
219 auszubauen, wo Jugendliche und junge Erwachsene ihre Freizeit – insbesondere am  
220 Abend – verbringen.
- 221 • ein Programm auflegen, das die Folgen von Drogenkonsum am Steuer, in Schulen und  
222 dort, wo Jugendliche und junge Erwachsene feiern, thematisiert und die soziale  
223 Kontrolle dagegen erhöht.

- 224 • ein Konzept für sichere Diskotheken-Besuche von Jugendlichen ab 16 Jahren  
225 entwickeln. Hierzu wollen wir die Zusammenarbeit zwischen Jugendämtern, Polizei  
226 und Betreibern weiter ausbauen und Initiativen zur Veränderung des  
227 Jugendschutzgesetzes ergreifen.
- 228 • Diskriminierungen durch Einlasskontrollen nach Hautfarbe oder Herkunft über das  
229 Antidiskriminierungsgesetz (AGG) hinaus bekämpfen.

230

### 231 **Kriminalität**

232 Jugendliche und junge Erwachsene werden oft als gewichtiger Teil in der  
233 Kriminalitätsstatistik wahrgenommen. Tatsächlich haben sich die zentralen Delikte nach  
234 Untersuchungen des kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen rückläufig  
235 entwickelt. Erfolgreich hat sich damit der bisherige Ansatz von Erziehung und  
236 Resozialisierung im Jugendstrafrecht, wie es von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten  
237 grundsätzlich entwickelt wurde, in den vergangenen Jahrzehnten dargestellt. Gewalttaten  
238 nehmen ab und nicht zu.

239 Der Staat muss deshalb in seinem Ansatz Erziehung und Resozialisierung stärken und der  
240 konservativen Rhetorik und deren gesetzgeberischer Begleitung widersprechen.  
241 Jugendkriminalität ist nämlich nicht durch härtere oder kreativere Strafen zu senken.  
242 Straftaten von Jugendlichen und jungen Erwachsenen haben häufig Episodencharakter.  
243 Genau dafür ist das Jugendstrafrecht gemacht. Zudem müssen wir hinkommen zu einer  
244 Bekämpfung der sozialen Ursachen von jugendspezifischer Kriminalität. Dafür ist auch ein  
245 Wandel in den Köpfen der Verantwortlichen nötig.

246 Wir werden:

- 247 • Mittel bereitstellen, die eine Weiterqualifizierung zur Gewaltprävention  
248 pädagogischer Fachkräfte vor allem in Schulen, der Kinder- und Jugendhilfe, sowie  
249 weiterer relevanter Berufsgruppen ermöglicht.
- 250 • gewaltpräventive Maßnahmen an Orten mit regionaler oder überregionaler  
251 Bedeutung unterstützen.
- 252 • eine Initiative im Bundesrat zur Abschaffung des sogenannten „Warnschussarrestes“  
253 starten.

254

255



## 256 **Ehrenamt und Freiwilligen Dienste**

257 Insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene nutzen die Freiwilligen Dienste des Bundes  
258 und die freiwilligen Jahre (FSJ, FÖJ, FPJ). Sie leisten dadurch einen wichtigen Beitrag für die  
259 Gesellschaft und profitieren durch ihre Erfahrungen. Diese Dienste dürfen keine regulären  
260 Arbeitsplätze verdrängen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden:

- 261 • die Initiative ergreifen, um ein Gesamtkonzept von freiwilligen Jahren,  
262 Bundesfreiwilligendienst und Ehrenamt zu erarbeiten. Dabei werden wir eng mit den  
263 Anbietern der Stellen, den Freiwilligenagenturen, den Sport- und Kulturvereinen bzw.  
264 deren Dachverbänden zusammenarbeiten.
- 265 • Transparenz und Rechtssicherheit für Jugendfreiwilligendienste durch ein  
266 Freiwilligendienststatusgesetz schaffen.
- 267 • den besonderen Anforderungen der Jugendfeuerwehren gerecht werden und im  
268 Dialog mit ihnen Lösungen für ihre spezifischen Probleme entwickeln.
- 269 • dafür sorgen, dass das Land Niedersachsen das Angebot an Freiwilligen-Stellen  
270 ausbaut, um den ehrenamtlichen Sektor zu stärken.

271

## 272 **Anerkennung der Bedeutung freier Träger der Jugendarbeit**

273 Jugendarbeit ist Daseinsvorsorge. Zehntausende Menschen in Niedersachsen investieren  
274 ihre Zeit in diese Aufgabe. Noch mehr Jugendliche und junge Erwachsene profitieren davon.  
275 Für die Beteiligten wie für die Gesamtgesellschaft ist das ein hoher Gewinn. Entsprechend  
276 prominent sind die Vertreterinnen und Vertreter der Verbände der Jugendarbeit zu  
277 beteiligen und die Arbeit zu fördern.

278 Eine SPD-geführte Landesregierung wird daher:

- 279 • mit dem Landesjugendring in einen Dialog treten, wie die Zukunft der Förderung von  
280 Jugendarbeit in Niedersachsen aussehen muss.
- 281 • den Landesjugendring partnerschaftlich in Fragen der Jugendpolitik und Jugendarbeit  
282 anhören und mit ihm über gemeinsame Lösungen diskutieren.
- 283 • die Beteiligung der kommunalen Träger der Jugendarbeit bei der Erstellung  
284 kommunaler Bildungslandschaften absichern.
- 285 • die regionale und kommunale Ebene der Jugendarbeit durch die Unterstützung von  
286 Fortbildungen stärken.
- 287 • die Tagessätze der Förderung für Bildungsmaßnahmen evaluieren und an die

288 tatsächlichen Kosten für Seminare angleichen sowie einen Mechanismus einführen,  
289 der die Weiterentwicklung der Kosten realistisch abfängt.

290

291 Hannover, 3. September 2012